Zeitschrift: Schweizer Heimwesen : Fachblatt VSA Herausgeber: Verein für Schweizerisches Heimwesen

Band: 59 (1988)

Heft: 6

Artikel: Unsere Leute in Bern : Berührungspunkte zwischen Politik und

Behindertenwesen

Autor: Sturny-Bossart, Gabriel

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-810705

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Unsere Leute in Bern

Berührungspunkte zwischen Politik und Behindertenwesen

Die Wahlen ins eidgenössische Parlament vom 18. Oktober 1987 haben wider Erwarten keine dramatischen parteipolitischen Verschiebungen gebracht. Trotzdem sind viele neue Gesichter in den beiden Kammern aufgetaucht. Alles männliche Akademiker mit starken Bindungen zur Wirtschaft, wie das Klischee den durchschnittlichen schweizerischen Parlamentarier zeichnet? Oder auch Frauen und Männer, die Berührungspunkte mit dem Behindertenwesen aufweisen und somit unsere potentiellen Ansprechpartner sind, wenn auf hoher politischer Ebene heilpädagogische Themen diskutiert werden?

Zu Beginn der neuen Legislaturperiode interessieren uns zwei Fragen: Welche Parlamentarier weisen Bezüge zum Behindertenwesen auf, beruflich oder durch Mitgliedschaft in Behindertenorganisationen? Welche Parlamentarier haben während der letzten Legislaturperiode behindertenspezifische Themen aufgegriffen?

Behindertenspezifische Bezüge der eidgenössischen Parlamenterier

Zum fünften Mal hat der Zürcher «Tages-Anzeiger» eine Parlamentarierbroschüre zusammengestellt (Beilage vom 7. Dezember 1987). Die Rubrik «Mitglied bei Organisationen, Verwaltungsratsmandate» soll dem Leser ermöglichen, die Interessenbindungen der 246 Parlamentarier kennenzulernen.

Vorab zwei Einschränkungen: 1. Die «Rohdaten» aus dem «Tages-Anzeiger» sind teils von den Zeitungsleuten recherchiert, teils stammen sie von den Politikern selbst. Es ist anzunehmen, dass da und dort Lücken bestehen. 2. Selbstverständlich ist eine Mitgliedschaft in einer Behindertenorganisation nicht automatisch gleichbedeutend mit einem parlamentarisch wirksamen Einsatz für behindertenspezifische Anliegen. Doch darauf kommen wir später zurück.

Behindertenspezifische Bezüge, das heisst eine Tätigkeit im Behindertenbereich oder Mitgliedschaft in Behindertenorganisationen, weisen folgende Nationalräte und Ständeräte (in Klammer Parteibezeichnung und Kantonszugehörigkeit) auf:

Nationalrat:

Vreni Spoerry-Toneatti (FDP/ZH): Mitglied eines Behindertenverbandes (schweizerisch)

Elmar Ledergerber (SP/ZH): Stiftungsrat einer Behinderteneinrichtung

Verena Grendelmeier (LDU/ZH): Patronatskomitee einer Behinderteneinrichtung

Verena Diener-Aeppli: (GPS/ZH): Legasthenietherapeutin Monika Stocker-Meier (GPS/ZH): Gründerin Behindertenkonferenz

Otto Zwygart (EVP/BE): Präsident eines Behindertenvereins Fritz Lanz (SP/LU): Zentralvorstand einer Dachorganisation (schweizerisch)

Karl Weber (FDP/SZ): Präsident einer Dachorganisation (schweizerisch), Präsident einer Behinderteneinrichtung Peter Schmid (GPS/TG): Heilpädagoge

Françoise Pitteloud (SP/VD): Erzieherin, Mitglied einer Behindertenorganisation

Vital Darbellay (CVP/VS): Präsident einer Behindertenorganisation

Pascal Couchepin (CVP/VS): Mitglied einer Behindertenorganisation

Gilles Petitpierre (FDP/GE): Vizepräsident einer Dachorganisation (schweizerisch)

Laurent Rebeaud (GPS/GE): Mitglied einer Elternvereinigung

Ständerat:

Ulrich Gadient (SVP/GR): Mitglied einer Dachorganisation

Eine genauere Durchsicht der Liste zeigt,

- dass die parteipolitische Verteilung «schieß» ist. An der Spitze steht die Grüne Partei mit respektablen vier Vertretern von insgesamt neun Nationalräten. Es folgen je drei FDP- (von 51) und SP-Vertreter (von 42) sowie je zwei Vertreter der CVP (von 42) und der LDU/EVP (von 12).
- dass die Sprachzugehörigkeit einigermassen «normalverteilt» ist. Den neun Deutschschweizern stehen fünf Westschweizer gegenüber.
- dass die Frauen «übervertreten» sind. Im Parlament ist jedes achte Mitglied eine Frau, in unserer Zusammenstellung jedes dritte...

Behindertenspezifische Bezüge scheinen also bei vierzehn von zweihundert Nationalräten und bei einem von 46 Ständeräten auf. Zumindest bei drei weiteren Nationalräten traf dies noch vor kurzem zu: bei Ernst Eggenberg (SP/BE), bei Richard Reich (FDP/ZH) und beim letzthin als Präsident der Schweizerischen Vereinigung der Elternvereine für Geistigbehinderte abgelösten Paul Günter (LDU/BE). Im Ständerat finden wir bei Josi Meier (CVP/LU) Bezüge zum Behindertenwesen; sie ist seit Jahren im Behindertenbereich engagiert, in der neuen TA-Zusammenstellung jedoch mit dem globalen Hinweis «Mitglied diverser Stiftungsräte gemeinnütziger und kultureller Richtung» aufgeführt. Ebenfalls ohne behindertenspezifischen Hinweis in der TA-Broschüre ist der baselstädtische Ständerat C. Miville (SP), der aber seit langem zu den Verfechtern von Behindertenanliegen im Parlament gehört. Erfreulicherweise sitzen nicht nur einige heilpädagogisch «Gebundene», sondern auch einige heilpädagogisch Tätige im Rat: der HPS-Dozent P. Schmid, die Legasthenietherapeutin V. Diener-Aeppli und die Erzieherin F. Pitteloud. Zumindest «Neuling» P. Schmid hat verlauten lassen, dass er «in Bern oben» selbstverständlich Behindertenanliegen speziell vertreten will.

Der Vergleich mit den 83er Wahlen zeigt, wie stabil die schweizerische Politik ist. Damals wiesen dreizehn Natio-

nalräte eine Verbindung zum Behindertenwesen auf. Im Ständerat stand Frau J. Meier alleine da.

Behindertenspezifische «Leistungen» der letzten Legislaturperiode

Haben diese dreizehn Nationalräte und Ständerätin J. Meier in der vergangenen Legislaturperiode tatsächlich auch heilpädagogisch Relevantes geleistet? Erste Hinweise auf diese Frage könnten vielleicht entsprechende parlamentarische Vorstösse liefern. Die Zeitschrift des Bundesamtes für Sozialversicherung, Alters- und Invalidenversicherung (ZAK) publiziert regelmässig die sozialpolitischen Vorstösse; wir haben uns die behindertenspezifischen näher angesehen.

Für die Legislaturperiode 1983 bis 1987 sind insgesamt 22 Vorstösse aufgelistet: 2 Motionen, 4 Interpellationen, 9 Postulate, 6 einfache Anfragen, 1 Frage anlässlich einer parlamentarischen Fragestunde. Zwei Drittel aller Vorstösse kommen aus den SP-Reihen (14), vier von CVP-, je zwei von SVP- und FDP-Seite. Die Namen der Motionäre: Nationalräte Adolf Ogi (SVP/BE), Françoise Pitteloud (SP/VD), Jean-Philippe Maître (CVP/GE), Susi Eppenberger (FDP/SG), Jean-Philippe Gloor (SP/VD), Hansjörg Braunschweig (SP/ZH), Rudolf Ruch (SP/SO), Josef Ziegler (CVP/SO), Herbert Dirren (CVP/VS), Albert Eggli (SP/ZH), René Longet (SP/GE), Angéline Fankhauser (SP/BL), Rudolf Rechsteiner (SP/SG), Valentine Friedli (SP/JU); Ständeräte Esther Bührer (SP/SH), Monique Bauer (L/GE), Ulrich Gadient (SVP/GR).

Die angeschnittenen Themen lassen sich grob dreigliedern:

- 1. direkte Verbesserungen für die Behinderten,
- 2. administrative Verfahrensfragen,
- 3. Invalidenversicherung.

Weitaus am meisten Vorstösse (13) fallen in die erste Kategorie, so die Motion des waadtländischen SP-Nationalrates J.-P. Gloor vom 26. September 1984, der sich zusammen mit 44 Mitunterzeichnern einsetzte, dass Behinderte in geschützten Werkstätten in die Arbeitslosenversicherung aufgenommen werden können. Sechs Vorstösse beziehen sich auf administrative Verfahren, wie zum Beispiel die Interpellation des christdemokratischen Nationalrates J. Ziegler aus dem Kanton Solothurn, der am 6. März 1985 im Zusammenhang mit der Revision der Geburtsgebrechenliste keine zusätzliche Belastung für die Krankenkassen wünschte. Drei Vorstösse befassten sich mit der Organisation der IV, wie zum Beispiel die Interpellation der sozialdemokratischen Ständerätin E. Bührer aus dem Kanton Schaffhausen, die sich am 14. Dezember 1983 wegen der damals noch aktuellen eidgenössischen Kommission für Behindertenfragen an den Bundesrat wandte.

Die 22 Vorstösse wurden von insgesamt 17 Personen eingereicht; nur einer der Interpellanten (A. Eggli) steht auf unserer Liste der Mandatsträger von 1984. Offensichtlich ist ein behindertenspezifischer Bezug nicht Grund genug, parlamentarische Vorstösse mit behindertenspezifischem Inhalt zu lancieren. Immerhin: Zu dem Dutzend Parlamenterier mit heilpädagogischen Bindungen haben sich im Verlauf der Legislaturperiode weitere 16 Mandatsträger mit behindertenspezifischen Vorstössen gesellt.

Haben unsere Leute in Bern im Verlauf der letzten vier Jahre nun gut oder schlecht gearbeitet? Schwierig zu urteilen! Erstens fiel die Einführung der *obligatorischen beruflichen Vorsorge* in den Untersuchungszeitraum. Diese komplexe

Materie hat die sozialpolitischen Kapazitäten der Nationalund Ständeräte absorbiert. Zweitens haben in der letzten Legislaturperiode umwelt- und energiepolitische Themen die politische Diskussion ausserordentlich stark geprägt. So hat Bundesrat Egli, als Vorsteher des eidgenössischen Departements des Innern zuständig für sozialpolitische Fragen, im Verlauf seiner kurzen Regierungstätigkeit vorwiegend Umweltpolitik betrieben. Drittens, und das ist der wichtigste Grund, wird Politik in Bern nicht in erster Linie mit parlamentarischen Vorstössen gemacht, sondern bei der Behandlung von Gesetzen und Verordnungen. Und hier hat sich doch einiges bewegt. Zu erwähnen ist die zweite IVG-Revision mit der neuen Rentenabstufung. Ebensfalls zu erwähnen ist das zweite Paket der Aufgabenneuverteilung zwischen Bund und Kantonen. Gerade hier hat sich gezeigt, wie dank einem koordinierten Vorgehen die Invalidenversicherung aus diesem zweiten Paket herausgelöst werden konnte

Fazit

Trotz der vielen männlichen Akademiker mit starken Bindungen zur Wirtschaft haben auch wir Leute in Bern. Sie sind aber auf Impulse und Imformationen von unserer Seite angewiesen. Bei grösseren Vorhaben wie Gesetzesrevisonen führt der Weg ohnehin über die Parteien. Immer aber bedeutet das: Heilpädagogen, Behinderte und ihre Vertreter müssen sich über aktuelle sozialpolitische Aktivitäten auf dem laufenden halten.

Dr. Gabriel Sturny-Bossart Schweizerische Zentralstelle für Heilpädagogik (SZH) Obergrundstrasse 61, 6003 Luzern

